



Die Fraktion von
Bündnis 90 / Die Grünen
im Kreistag Schwarzwald-Baar

Donaueschingen, den 14. Dezember 2015

Stellungnahme zum Haushaltsplan 2016

Sehr geehrter Herr Landrat, meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist eher selten, dass beste Rahmenbedingungen und grosse Herausforderungen fast zeitgleich aufeinander treffen. Der Normalfall sieht eher so aus, dass die Rahmenbedingungen oftmals sehr schlecht sind, wenn grosse Probleme kurzfristig gelöst werden müssen. Guter Rat ist dann nicht nur sprichwörtlich teuer, sondern meistens sogar unmöglich!

Wir befinden uns derzeit jedoch in einer anderen und deutlich besseren Situation. Die finanzielle Lage des Landkreises und die Möglichkeiten zum Ausbau von Infrastruktur und Dienstleistungen - einschliesslich der Bereitstellung von Hilfen - sind derzeit so gut wie schon lange nicht mehr. Gleichzeitig sind wir jedoch mit einer Migrationswelle konfrontiert, von deren Wucht die Mehrheit der Bevölkerung vollkommen überrascht wurde. Doch es geht um weit mehr als nur um ein überraschendes Ereignis. Die Flüchtlinge aus den zahlreichen Kriegs- und Konfliktregionen sind zum dominanten Thema in fast allen gesellschaftlichen Bereichen geworden. Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Eine grosse Zahl von Menschen aus fernen Kulturkreisen trifft dabei in kürzester Zeit auf eine Europäische Union und vor allem auf EU - Mitgliedsstaaten, die sichtlich Mühe damit haben, diesen Belastungen bzw. Herausforderungen standzuhalten. Darüber hinaus gibt es noch eine Vielzahl weiterer politischer Faktoren (z.B. diverse geopolitische Strategien), die Lösungen sehr schwierig machen. Darauf will ich jedoch an dieser Stelle nicht eingehen. Praktisch und ganz konkret sieht es aber so aus, dass die kommunale Ebene - und damit auch unser Landkreis und dessen Bevölkerung - mit einer anspruchsvollen Aufgabe direkt vor unserer Haustüre konfrontiert sind. Trotz der grossen Aufgabe haben wir aber auch etwas Glück, denn diese Herausforderung tritt in einer Zeit auf, wo finanzielle Möglichkeiten vorhanden sind und in der die Bereitschaft der Bevölkerung zur ak-

tiven Mithilfe gross ist. Die vorhandene Hilfsbereitschaft sollte jedoch nicht überdehnt werden. Darüber hinaus muss berücksichtigt werden, dass bisher schon unterprivilegierte Bevölkerungsschichten angesichts der absehbaren Entwicklungen - beispielsweise auf dem Wohnungs - oder dem Arbeitsmarkt - regelrecht konsterniert sind. Neben einem humanitären Umgang mit den Flüchtlingen muss es deshalb eine vordringliche politische Aufgabe sein, auch diesen Bevölkerungsgruppen eine Perspektive zu geben.

Der Umgang mit dieser Situation wird deshalb kein Kinderspiel sein. Jetzt nicht und noch viel weniger in zukünftigen Jahren, wenn Probleme und Kosten noch unmittelbarer direkt bei uns aufschlagen. Wir tun deshalb gut daran, uns rechtzeitig und umfassend darauf vorzubereiten. Deshalb erscheinen alle Planspiele, angesichts der gestoppten Zuweisungen bei den Erstunterbringungen jetzt den notwendigen Personalaufbau beim Landkreis abbremsen zu wollen, als reichlich blauäugig. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass angesichts der zahlreichen Flüchtlinge in den BEAs (deren Zahl zu 50% auf die Zahl der Erstunterbringungen angerechnet wird) derzeit keine neuen Erstzuweisungen erfolgen. Genauso selbstverständlich werden aber neue Erstunterbringungen sofort wieder einsetzen, wenn die Zahl der Menschen in den BEAs im Landkreis zurückgehen wird. Personell, organisatorisch und zeitlich brauchen die meisten Dinge bekanntlich etwas Vorlauf. Deshalb gibt es hier nichts auszusetzen. Dies gilt im Übrigen auch für sämtliche anderen Bereiche, die aufgrund dieser besonderen Situation betroffen sind. Seien es die Kleinkind- und Familienbetreuung, der Bereich der schulischen Bildung, Sprachkurse, die kulturelle Integration, Qualifizierungsmöglichkeiten, Arbeitsangebote, die Verfügbarkeit von Wohnungen etc. pp. Wir sind hier überall voll gefordert und wir sollten gut und schnell bei der Umsetzung notwendiger Massnahmen sein.

Ein Punkt ist hierbei jedoch besonders wichtig: Wir sollten gemeinsam und mit vollem Einsatz darauf hinwirken, dass die Ursachen für Krieg, Vertreibung und Flucht sofort gestoppt werden. Ich möchte deshalb an Alle appellieren, hierbei ganz genau hinzusehen und „einfache Wahrheiten“ und offensichtliche Widersprüche massiv zu hinterfragen. Denn eines ist klar: Die Flüchtlingsproblematik wird - selbst wenn wir uns maximal engagieren - nicht allein mit unseren Landkreismitteln gelöst werden können. Wir sollten deshalb und darüber hinaus auch der „grossen Politik“ und unseren „internationalen Partnern“ ganz genau auf die Finger schauen. Humanität bedeutet nämlich an allererster Stelle: Ende von Krieg und Gewalt!

Welchen Stellenwert das Thema Flüchtlinge im Kreishaushalt einnimmt, kann man schon allein daran erkennen, dass der Verwaltungshaushalt im zweistelligen Prozentbereich ansteigen wird, was in absoluten Zahlen einen Zuwachs von mehr als 30 Millionen € bedeutet. Das Volumen des Gesamthaushalts wird in Folge dessen auf über 300 Millionen € ansteigen. Im Vermögenshaushalt führen wir viele der bereits begonnenen Pro-

jekte weiter und investieren wie bereits in den vergangenen Jahren massgebliche Beträge in den Bereichen Bildung, Strasse, Schiene, Sicherheit und Breitbandausbau. Dies ist vor dem Hintergrund möglich, dass die gesamtwirtschaftliche Lage sich günstig darstellt (1,8 % Wachstum), die Arbeitslosenquote auf einem niederen Niveau von 3,6% liegt, die Erträge aus Gemeinschaftssteuern und Finanzaufweisungen erfreuliche Steigerungen aufweisen, projektbezogene Zuschüsse von Land und Bund in erhöhtem Umfang zur Verfügung stehen und wir uns insgesamt (und wie bereits eingangs dargestellt) in einer insgesamt sehr günstigen konjunkturellen Situation befinden. Trotz der vielen vorgenommenen Investitionen (und der großen Sondermassnahmen wie dem 20 Mio. € - Baukostenzuschuss zum Zentralklinikum) ist es gelungen, die Verschuldung in den vergangenen 10 Jahren um 20 Millionen € zu reduzieren. Wir wollen diesen Weg weitergehen und parallel zu notwendigen Investitionen auch weiterhin die Verschuldung abbauen.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die weiteren Investitionen in den Backbone, in die Kreisstrassen- und Brückenbauwerke ebenso wie in die Planungen zur Elektrifizierung der Höllentalbahn. Auch die Investitionen im Bereich der Sicherheitsinfrastruktur, namentlich die neue integrierte Leitstelle inkl. der Rückfallebene im Landratsamt und die Beteiligung unseres Landkreises an der Atemschutzübungsanlage in Tuttlingen sind selbstverständlich gut angelegtes Geld. Fast allen diesen Projekten ist jedoch gemein, dass im Zuge der Realisierung erhebliche Kostenrisiken auftreten können. Im Bereich der geplanten Sanierung der Schellenbergbrücke liegt das Risiko beispielsweise im Bereich der DB – Auflagen zur Streckensicherung. Bei der Elektrifizierung der Höllentalbahn können weitere Vorgaben des Eisenbahnbundesamtes, unvorhergesehene geologische Befunde oder unerwarteter Verschleiss an Bestandsbauwerken zu kostenwirksamen Überraschungen führen. Und bei der integrierten Leitstelle kann es nach allen bisherigen Erfahrungen ebenfalls noch zu Überraschungen kommen. Dass dies keine aus der Luft gegriffenen Befürchtungen sind, haben ja einige in der Vergangenheit realisierten Grossprojekte zur Genüge gezeigt. Wir möchten deshalb die Verwaltung darin bestärken, bei grösseren Projekten und kritischen Fragestellungen durchaus vorab eine qualifizierte Zweitmeinung einzuholen. In anderen Lebensbereichen ist dies ja mittlerweile vor grösseren „Eingriffen“ üblich oder sogar vorgeschrieben.

Bei den Investitionen in die kreiseigenen Schulen stehen vor allem wieder umfangreiche Brandschutzsanierungen an. Dies ist wegen den entsprechenden Auflagen unvermeidlich. Dennoch sollte auch hier gelten, dass die Auflagen mit Augenmass und in Kenntnis sämtlicher Alternativen umgesetzt werden. Zudem wäre es wünschenswert, wenn im Zuge der Brandschutzsanierungen evtl. auch gleich allgemeine Unterhaltsrückstände in den betroffenen Bereichen aufgearbeitet würden. Und richtig gut wäre das Ergebnis dann, wenn durch eine umsichtige Planung sogar positive Effekte im Alltagsnutzen er-

zielt werden können. Ein triviales Beispiel hierzu: Werden beispielsweise aus Brandschutzgründen selbstschliessende Türen zu Treppenhäusern hin gefordert, kann dies im Alltag evtl. auch die Wirkung eines Windfangs haben und die thermische Behaglichkeit im Gebäude verbessern.

Sehr erfreulich ist, dass die Gewerbeschule Villingen-Schwenningen mit 0,5 Mio. € aus dem Landesprogramm „Lernfabrik 4.0“ unterstützt wird. Da aufgrund dieser Entscheidung und wegen der notwendigen thematischen Neuausrichtung beider Gewerbeschulstandorte der 4. Sanierungsabschnitt am Standort Villingen um ein Jahr verschoben werden soll, werden wir die ursprünglich vorgesehene Investition eben im Jahr 2017 nachholen.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle aber einen kleinen Kommentar zum Thema „Industrie 4.0“: Das Thema „smart factory“ mit Unterbegriffen wie Selbstoptimierung, Selbstdiagnose und Selbstkonfiguration, integrierte Wertschöpfungsprozesse etc. wird kommen. Deshalb muss diese Entwicklung auch im Bildungsbereich frühzeitig aufgegriffen und in der Ausbildungspraxis entsprechend professionell umgesetzt werden. Allerdings schwingt dabei ein hohes Mass an Euphorie mit, das auf übergeordneter Ebene vielleicht noch kritischer hinterfragt werden muss. Ich möchte an dieser Stelle nur so viel sagen: Wer die Lizenz, den Quellcode und die Plattform für diese Technologie hat, der hat die „Welt in der Hand“. Beim Thema Energie und der 3. Industriellen Revolution haben wir ja bereits entsprechende Erfahrungen mit existentiellen Abhängigkeiten und Erpressbarkeit gemacht.

Aber zurück zu den Schulen! Nach der eben genannten Entscheidung im Bereich der Gewerbeschule VS stellt der zweite grosse Sanierungsblock die geplante Fassadensanierung der Landesberufsschule dar. Wir begrüssen die Realisierung dieser Massnahme und freuen uns, wenn die Fassadenarbeiten damit schon im Jahr 2016 zum Abschluss gebracht werden können.

Insgesamt sind wir im Investitionsbereich mit den vorgesehenen Massnahmen bis auf wenige Ausnahmen einverstanden. Beispielsweise hätten wir uns in der aktuellen Situation noch die Sanierung der Schulküchen in der Albert-Schweitzer-Schule vorstellen können.

Was den Verwaltungshaushalt betrifft, habe ich das Thema Flüchtlinge bereits ausführlich angesprochen. Die Entwicklung in den anderen Aufgabenbereichen verläuft mehr oder weniger im erwarteten Rahmen. Dabei ist klar, dass einige Entwicklungen fast schon zwangsläufig so erfolgen, wie sie erfolgen. Als Beispiel darf ich die Eingliederungshilfe für Behinderte anführen. Ambulante Hilfen sind politisch gewollt. Eine Fallzah-

lensteigerung in diesem Bereich von 10% sollte deshalb niemanden erschrecken. Ganz im Gegenteil! Da die Ausgaben im ambulanten und im stationären Bereich trotz der Schwerpunktverlagerung insgesamt aber dennoch um mehr als 7% steigen, ist eine gewisse Ernüchterung hinsichtlich dieser Strategie spürbar. Dies wird aus Sicht des Landkreises noch dadurch verstärkt, dass der Landkreis als Aufgabenträger in diesem Bereich vom Bund nach dem neuen Verteilschlüssel einen weit kleineren Anteil als die Gemeinden zugewiesen bekommt. Dies ist ganz offensichtlich eine beabsichtigte, aber keinesfalls eine nachvollziehbare Aufteilung. Die Verwaltung sollte den Kreistag deshalb bei Gelegenheit einmal grundsätzlich informieren, welche inhaltlichen Überlegungen hinter diesem Verteilungsschlüssel stehen.

Ähnliche Entwicklungen sind auch in anderen Bereichen der sozialen Sicherung zu erkennen. Beispielsweise bei der „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“. Die Renten der Betroffenen reichen oftmals nicht zur Existenzsicherung aus. Der Bund bezahlt in diesen Fällen zwar die zunehmend notwendigen Hilfsleistungen. Dennoch verbleiben zusätzliche Kosten (in diesem Fall für das Personal) beim Landkreis.

Insgesamt sind im gesamten Bereich der sozialen Sicherung die Randbedingungen gesetzt und die Verwaltung bewegt sich dabei aus unserer Sicht in einem weitgehend vordefinierten Korridor.

Die anderen Verwaltungsbereiche möchte ich nur allgemein und in kurzer Form ansprechen. Aus unserer Sicht ist der Kreishaushalt für das Jahr 2016 finanziell angemessen ausgestattet. Die Einnahmeansätze wurden zwar teilweise im Rahmen der Ausschussberatungen mutig erhöht. Die erhöhten Ansätze werden aber von unserer Fraktion mitgetragen. Die Finanzierung ist aus unserer Sicht insgesamt gesichert.

Was die inhaltliche Arbeit der Dezernate und Ämter angeht, arbeiten diese im Rahmen der vorgegebenen Bedingungen gut und effizient. Sofern es Änderungen in den Arbeitsschwerpunkten oder gravierende Umstrukturierungen gibt, sind diese meistens durch Ereignisse, Vorschriften oder Auflagen von Aussen induziert: Siehe Flüchtlinge und dabei insbesondere auch die notwendigen Hilfsangebote für unbegleitete Jugendliche, siehe Einrichtung einer kommunalen Holzverkaufsstelle, siehe Änderungen in der „gemeinsamen Agrarpolitik“ (GAP) in der Zuständigkeit des Landwirtschaftsamtes. Im Bereich des Abfallwirtschaftsamtes sind es beispielsweise notwendige Optimierungen und Neuanpassungen des Wertstoffbereichs, beim Amt für Wasser- und Bodenschutz die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, beim Strassenverkehrsamt die Ausarbeitung des neuen Nahverkehrsplans und so weiter und so fort.

Kurzum: Wir sehen momentan keine gravierenden Defizite bei der Aufgabenerfüllung. Auch „externe Arbeiten“ beispielsweise die Tätigkeit des „Landschaftserhaltungsverbandes“ oder die Arbeiten am „Naturschutzgrosprojekt Baar“ bewerten wir positiv.

Der grösste „externe Bereich“ stellt dabei zweifellos das Klinikum dar. Nach dem abgeschlossenen Neubau des Zentralklinikums richtet sich die Aufmerksamkeit jetzt zunehmend darauf, die inneren Strukturen und Prozesse zu optimieren. Einerseits wird dabei sehr stark auf den wirtschaftlichen Erfolg fokussiert, andererseits muss das Wohl von Mitarbeiter und Patienten im Auge behalten werden. Angesichts der Randbedingungen im Gesundheitswesen ist dies jedoch kein leichtes Unterfangen. Um hierbei zu guten Lösungen zu kommen, werden zumindest eine ausgiebige Verständigung und eine grosse Sensibilität aller Beteiligten für die jeweils andere Sichtweise notwendig sein.

Damit möchte ich zum letzten Aspekt unserer Haushaltsrede kommen. Die Kreisumlage. Wir sind der Auffassung, dass die positiven Veränderungen gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsentwurf ganz überwiegend der Schuldentilgung zu Gute kommen sollten. Darüber hinausgehende Einsparungen, die nicht zur Schuldentilgung verwendet werden, sollten der allgemeinen Rücklage zugeführt werden. Eine Senkung der vorgesehenen Kreisumlage in Höhe von 32,3 Prozentpunkten lehnen wir ab.

Meine sehr geehrten Damen und Herren:

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen wird dem Haushalt 2016 zustimmen.

Wie immer gilt unser herzlicher Dank dem Landrat, allen Mitarbeitern der Verwaltung und auch allen anderen Mitarbeitern der Kreiseinrichtungen. Danken möchte ich im Namen unserer Fraktion auch allen Mitgliedern des Kreistags für die gute Zusammenarbeit hier im Gremium und in den Ausschüssen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Christian Kaiser

für die Kreistagsfraktion SBK von B90/Die Grünen

Doku-Info:
6 Seite(n), 2022 Wörter, 13413 Zeichen